Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 6 (1926-1927)
Heft: 9

Artikel: Lord Edward Grey : Fünfundzwanzig Jahre englische Politik (Schluss)
Autor: Lessing, Kurt
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-156129

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Lord Edward Grey. Fünfundzwanzig Jahre englische Politik.

Von **Kurt Lessing**, Bern.

(Schluß.)

Die Entente Englands mit Frankreich war kein Bündnis, die Entente mit Rußland ebensowenig. Wie oft auch Cambon Grey bewegen wollte, feste Verpflichtungen für den Fall eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland einzugehen, Grey weigerte sich immer. Das Parlament würde ein Bündnis nicht billigen. Aber Grey hatte die Erlaubnis zu Besprechungen zwischen den britischen und französischen General- und Admiralstäben gegeben, und im Mai 1914 auch zu solchen mit dem russischen Admiralstab. „Wie die Militär- und Marinebehörden selbst die stattgehabten Besprechungen nannten, weiß ich nicht, doch sie hatten niemals den Charakter von Konventionen oder von irgend etwas, was für eine der Regierungen bindende Wirkung gehabt hätte" (I, 273). Das ist Greys These. So beantwortet er auch zwei Interpellationen am 14. Juni 1914: „Es gibt keine unveröffentlichten Verträge, die im Falle eines Krieges zwischen europäischen Mächten die Freiheit des Entschlusses der Regierung oder des Parlaments, ob England an diesem Kriege teilnehmen sollte oder nicht, einschränken oder hemmen würden." In seiner großen Unterhausrede am 3. August 1914, am Tage vor der Kriegserklärung an Deutschland (abgedruckt im Anhang, Bd. II), machte Grey das Unterhaus damit bekannt, daß Besprechungen militärischer Art zwischen England und Frankreich stattgefunden hätten, daß er dazu während der Algeciras-Krisis (1906) die Einwilligung gegeben, „aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß nichts, was zwischen den militärischen und maritimen Fachleuten vorginge, eine der Regierungen verpflichten oder in ihrer Freiheit beschränken dürfe, erst gegebenenfalls eine Entscheidung zu treffen, ob sie gewillt sei, die Hilfe zu gewähren oder nicht." Grey verlas die am 22. November 1912 zwischen ihm und Cambon ausgetauschten Briefe, in denen es wiederum zum Ausdruck kommt, daß „die Beratungen der Fachleute" keine der Regierungen binden. Diese Briefe beweisen, sagt Grey dem Unterhaus, daß England volle Entschlußfreiheit in der gegenwärtigen Krisis habe. In der gleichen Rede sagt er dann noch, Frankreich sei durch seine im Bündnis mit Rußland festgelegten Ehrenpflichten in den Krieg hineingezogen worden, für England aber bestünden keine Ehrenpflichten.

Wir bedauern, daß Grey in seinen Memoiren nicht zugesteht, daß diese Freiheit von Verpflichtungen eine juristisch-diplomatische Fiktion war, und es ableugnet, daß Militär- und Marinekonventionen bestanden hätten. — Lassen wir die Tatsachen sprechen. Am 31. August 1911 legte General Dubail auf der jährlich stattfindenden Konferenz zwischen dem französischen und russischen Generalstabschef dar, „daß die französische Armee ebenso rasch aufmarschiere, wie die deutsche, und daß sie am

12. Mobilmachungstag in der Lage sei, die Offensive gegen Deutschland aufzunehmen mit Hilfe der englischen Armee auf ihrem linken Flügel" (aus dem Protokoll der Konferenz, abgedruckt Livre noir II, 419 ff.). Im französischen Operationsplan XVI bis vom 6. September 1911 und im französischen Operationsplan XVII vom 20. Mai 1913 wird mit dem Aufmarsch des britischen Expeditionskorps auf dem linken französischen Flügel (gegen die belgische Grenze in der Zone Maubeuge, Busigny, Hirson) gerechnet. Im Annex 7 zum Operationsplan XVII werden die genauen Daten der Ausschiffung des Expeditionskorps angegeben. (Vgl. das Generalstabswerk: Les Armées Françaises dans la Grande Guerre; Paris, 1925; Tome premier, premier volume.) Für die Franzosen stand also auch nach dem Briefwechsel vom 22. November 1912 fest, daß die Engländer am Kriege auf dem Kontinent teilnehmen würden. Der schlüssigste Beweis: sie richteten ihren Aufmarsch danach ein. — Es mag sein, daß der französische Aufmarsch nicht völlig umgeworfen wurde, wenn das auf 121,000 Mann angegebene englische Expeditionskorps nicht erschien, daß dieser Ausfall einigermaßen zu ersetzen war. Infolge der Besprechungen der Marinesachverständigen hatten die Franzosen ihre gesamte Flotte ins Mittelmeer verlegt. Brach der Krieg aus, und England leistete die erwartete Hilfe nicht, so lagen die Nord- und Westküste Frankreichs völlig ungeschützt da. Hier konnte die Lage nicht wieder hergestellt werden. Frankreich rechnete so sicher mit der britischen Hilfe, daß es selbst dies wagte. —

Hiergegen halte man Greys Behauptung, es seien keine Konventionen abgeschlossen worden, England habe keinerlei Verpflichtungen gegenüber Frankreich übernommen!

Es muß zugegeben werden, auch bei den militärischen Besprechungen hatten die Engländer immer wieder betont, sie verpflichteten sich zu nichts, ihre Regierung behalte sich die Entschließungsfreiheit vor. Die Franzosen handelten aber offensichtlich so, als sei diesen englischen Vorbehalten kein Wert beizumessen, und die Engländer ließen sie dabei. Tatsächlich war Ende Juli 1914 die Kanal- und Atlantikküste Frankreichs völlig ungeschützt. Frankreich konnte zu England sagen: im Vertrauen auf deine Hilfe habe ich den äußersten linken Flügel meiner Armee ohne Truppen gelassen, habe ich meine Nord- und Westküste von Schiffen entblößt — lag darin keine Verpflichtung? Und gerade mit der der deutschen Flotte auf Gnade und Ungnade ausgelieferten französischen Nord- und Westküste operiert dann Grey im Unterhaus am 3. August 1914, um zu zeigen, daß England nicht stillsitzen dürfe. — Grey hätte alle Ursache gehabt, sich darüber zu beschweren, daß ohne Wissen der Regierung die Heeres- und Marineoffiziere, daß „der Generalstab" eine Zwangslage geschaffen; will England nicht als Verräter am Freunde Frankreich erscheinen, so muß es ihm jetzt seine bewaffnete Hilfe leihen. — Grey beklagt sich keineswegs. Und damit kommen wir zur Entstehung der „Konventionen".

Wir müssen es uns versagen, näher auf Greys Schilderung (I, 73 ff.) einzugehen, wie er Cambon es abschlägt, Bindungen einzugehen,

aus der Entente ein Bündnis zu machen, in dem Botschafter aber doch die Überzeugung festigt, England werde im gegebenen Falle — jedenfalls solange er, Grey, im Amt — Frankreich seine bewaffnete Hilfe leihen. Hervorheben möchten wir nur das psychologisch Interessanteste. Zwei Dinge sind es.

Das eine. Am 2. Dezember 1905 hatte Grey sein Amt als Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten angetreten. Am 10. Januar 1906, vor dem Zusammentritt der Konferenz von Algeciras, stellte ihm Cambon die Frage, ob England geneigt sei, Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs (wegen der Marokkofrage) bewaffnete Unterstützung zu gewähren. Grey stellte es — zutreffend — in einem Briefe an Asquith vom 16. April 1911 (I, 96) so dar:

> „Zu Beginn des Jahres 1906 fragten uns die Franzosen: „Wollt Ihr uns im Falle eines Krieges mit Deutschland helfen?" Wir sagten: „Wir können nichts versprechen, unsere Hände müssen frei bleiben." Darauf verlangten die Franzosen nachdrücklichst, daß wir einen Meinungsaustausch zwischen den militärischen Fachleuten gestatten mögen, bei dem die Unsrigen sagen sollten, was sie zu leisten imstande wären, und die Franzosen angeben sollten, was sie am liebsten geschehen sähen, wenn wir an Frankreichs Seite träten. Anderenfalls — stellten die Franzosen vor — würden wir bei Ausbruch eines Krieges gar nicht imstande sein, wirksame Unterstützung zu leisten, auch wenn wir uns dazu entschließen sollten, ihnen solche angedeihen zu lassen. Wir stimmten zu. ... Die militärischen Fachleute besprachen sich also. Was sie abmachten, habe ich nie erfahren (wir sperren). Tatsächlich war die Lage so, daß die Regierung völlige Handlungsfreiheit bewahrte, während die Militärs wußten, was sie zu tun hätten, wenn das Stichwort fiele..."

Das ist das psychologisch Interessante: Grey hat sich nicht darum gekümmert, was die Militärs beredeten. Das Gleiche wiederholt sich bei der Agadirkrisis. Grey schreibt (I, 97): „Die Lage war genau die gleiche, wie zur Zeit der Algeciraskonferenz: wir konnten uns nicht binden. Aber es muß natürlich rege militärische Besprechungen gegeben haben." Es muß gegeben haben! Grey kümmert sich also nicht darum, was der britische Generalstabschef, General Wilson, am 20. Juni 1911 im französischen Kriegsministerium mit dem französischen Generalstabschef, General Dubail, verabredet. (Hierbei wurde der Aufmarsch des britischen Expeditionskorps auf dem linken französischen Flügel beschlossen, wie wir oben gesehen haben.) Und schließlich sagt Grey von den Besprechungen über ein Zusammenwirken der englischen und russischen Flotte vom Frühjahr 1914 (I 271): „... Die britischen und russischen Marinebehörden traten in Verbindung. Ich erkundigte mich später niemals nach dem praktischen Resultat dieser Erörterungen, doch ich denke, es war nicht groß."

Das zweite. Grey hat das Parlament erst am 3. August 1914 und auch da nur ganz obenhin davon unterrichtet, daß militärische Besprechungen zwischen Großbritannien und Frankreich stattgefunden. Die mit Rußland hat er auch dann noch verschwiegen. Und selbst dem Kabinett hat er erst nahezu sieben Jahre nach dem Beginn der Besprechungen, im November 1912, davon Kenntnis gegeben. Und nicht etwa von sich aus, sondern erst, als einige Kabinettsmitglieder davon gehört und unruhig geworden waren. Vorher hatte er (im Januar 1906) nur dem Premierminister Campell-Bannermann und dem Führer der Liberalen im Oberhaus, Lord Ripon, und, was ja unbedingt nötig war, etwas später dem Kriegsminister Haldane darüber berichtet. Der Wahlen wegen konnte das Kabinett nicht sogleich zusammentreten. „Wann möchten Sie einen Kabinettsrat haben? Würde Ihnen der 30., der 31. oder der 1. (Februar) passen? Wünschen Sie die Zustimmung eines Ministerrates zu besitzen, bevor Sie den Franzosen eine Antwort geben?" hatte ihm der Premier am 21. Januar geschrieben. Grey gibt zu: „Heute würde meine Antwort lauten, daß ich eine Kabinettssitzung brauchte. In den späteren Jahren, wo ich schon Erfahrungen gesammelt hatte, hätte eine solche — glaube ich — bestimmt stattgefunden" (I, 89). Trotzdem brauchte Grey fast sieben Jahre, bis er — und dazu nicht von sich aus — das Gesamtkabinett von den Besprechungen in Kenntnis setzte.

Mit den militärischen Besprechungen mit Frankreich treibt also Grey sehr persönliche und damit im Grunde verfassungswidrige Politik. Dabei hat es an Warnungen nicht gefehlt. Campell-Bannermann traf sofort das Richtige: er „war in Sorge, daß die militärischen Besprechungen eine Verpflichtung oder mindestens eine Art stillen Einverständnisses (honourable understanding) schaffen könnten." „Bei größerer Erfahrung hätte ich zu jener Zeit jene Besorgnis wohl geteilt," schreibt Grey (I, 88). Während der Agadirkrisis schrieb der von Grey im April 1911 unterrichtete nunmehrige Premier Asquith am 5. September 1911: „Konversationen wie die zwischen General Joffre und Oberst Faireholme erscheinen mir eher gefährlich; besonders der Teil, der sich auf die Möglichkeit einer britischen Hilfeleistung bezieht. Man sollte die Franzosen im gegenwärtigen Augenblicke nicht ermutigen, ihre Pläne auf derartige Voraussetzungen aufzubauen" (I 97). Und Grey antwortet: „Es würde Bestürzung hervorrufen, wenn wir unseren militärischen Fachleuten verbieten würden, sich mit den Franzosen zu besprechen. Zweifellos haben diese Besprechungen und unsere Reden die Hoffnung auf unsere Unterstützung erweckt. Ich sehe aber keinen Weg, dem abzuhelfen." — Und dem Kabinett wurden die Besprechungen weiter verheimlicht.

Im November 1912 war Grey dann gezwungen, die Sache vor das Kabinett zu bringen, und ist in seinen Memoiren froh darum, daß dies doch noch zwei Jahre vor Kriegsausbruch geschehen ist.

Man kann aus Greys Darstellung nur ahnen, daß ihm schwere Vorwürfe im Kabinett gemacht worden sind und erfährt hier nun, weshalb der oben erwähnte Briefwechsel zwischen Grey und Cambon

erfolgt: gewisse Mitglieder des Kabinetts sollten dadurch beruhigt werden. „Es wurde das Begehren gestellt, daß die Tatsache der Unverbindlichkeit der militärischen Besprechungen schriftlich festgelegt werde" (I, 98). Es ist begreiflich, daß die Franzosen sich über diese Festlegung nicht beunruhigten, daß Cambon gern Grey den Dienst erwies, ihm gegen andere Kabinettsmitglieder zu helfen (vielleicht: ihn vor dem Sturz zu bewahren), wenn in dem Briefe Greys der sinnlose Satz steht: „So basiert z. B. die Verteilung der französischen und britischen Streitkräfte im gegebenen Augenblick nicht auf einer Verpflichtung zum Zusammenarbeiten im Kriegsfall." Dies ist sinnlos, denn wenn infolge einer Verabredung, wie es der Fall war, Frankreich seine ganze Flotte ins Mittelmeer legt (um dadurch auf Italien einzuwirken, daß es im Kriegsfall sich seinen Verbündeten nicht anschließt), so übernimmt England eben stillschweigend die Verpflichtung, die französische Nord- und Westküste zu schützen, also „zusammenzuwirken".

Weshalb Grey das Kabinett durch nahezu sieben Jahre in Unkenntnis über die militärischen Besprechungen mit Frankreich gelassen hat, dürfte ziemlich klar zu Tage liegen. Wie wir eingangs gesehen, stand er im Rufe der Deutschfeindlichkeit, und seine deutschfeindliche Politik wurde gerade aus der eigenen Partei heraus heftig kritisiert. Er hätte durch Bekanntgabe der Tatsache der Besprechungen den Gegnern seiner Politik eine solche Waffe in die Hand gegeben, daß ein Wechsel in der Leitung des Foreign Office und in dessen Politik wohl möglich gewesen wäre.

Wie soll man sich aber die ungeheuerliche Tatsache erklären, daß der verantwortliche Leiter der britischen Außenpolitik militärische Besprechungen mit einer Großmacht, Frankreich, erlaubt, dann, 1914, noch mit einer zweiten, Rußland, und sich nie darum kümmert, was besprochen, was abgemacht wird? — Man könnte einfach sagen: Grey berichtet nicht wahrheitsgemäß; er hat sich natürlich, wie es seine Pflicht war, über die Verhandlungen auf dem Laufenden gehalten. — Wenn wir keinen Beweis erbringen können, haben wir kein Recht, dies zu behaupten. Ja, wir sind im Gegenteil überzeugt, daß Grey sich nie erkundigt hat, daß er nie amtlich erfahren, was beredet worden ist, und zwar hat er sich absichtlich in Unkenntnis gehalten. Es ist eine Art des Sich-Versteckens vor sich selbst. Er weiß ganz genau, wie die Franzosen die Besprechungen auffassen, er sieht es daraus, daß sie ihre Flotte ins Mittelmeer ziehen. Er weiß auch, was daraus entstehen kann, daß Frankreich sich jetzt neben der russischen der britischen Hilfe sicher glaubt und daß durch die anglo-französische Entente Italien nur noch ein „totes Gewicht" im Dreibund ist. Würde er sich davon Kenntnis verschaffen, was verabredet worden, so müßte er wissen (was er jetzt, amtlich nicht unterrichtet, nicht „weiß"), daß durch die militärischen und maritimen Abreden es für England in der entscheidenden Stunde kein Zurück mehr gibt, will es nicht als treulos dastehen. Dieses Wissen müßte ihn mitschuldig machen an der möglichen europäischen Katastrophe oder er müßte, nachdem er dies Wissen gewonnen, die Fäden, die

Englands Händen binden, zerreißen. Dies will er nicht, er fürchtet immer, Frankreich könnte von der Freundschaft abspringen, und jenes, mitschuldig zu werden, will er auch nicht. So hält er sich absichtlich in Unkenntnis von den Verabredungen und kann vor sich selbst, später vor dem Kabinett und zuletzt vor dem Parlament und nun in den Memoiren die Fiktion aufrechterhalten, die britische Regierung habe ihre Handlungsfreiheit gewahrt, aus freiem Entschlusse sei sie wegen der Verletzung der belgischen Neutralität in den Krieg eingetreten. Und er kann behaupten, nichts getan zu haben, was zur Entstehung des Krieges beigetragen. — Nach all dem, wie uns Grey in seinen Memoiren entgegentritt, halten wir dies für das wahrscheinliche.

Man könnte auch zu dieser Erklärung kommen: Grey wünscht die Waffenhilfe Englands für Frankreich. (In seinen Gesprächen mit Cambon kommt dies deutlich zum Ausdruck.) Er weiß, daß ein Bündnis mit Frankreich wegen der Abneigung von Volk und Parlament gegen ein solches Festlegen der kontinentalen Politik nicht zustande kommen kann. So läßt er es gerne geschehen, daß die Verabredungen der Militärs eine solche Zwangslage schaffen, daß auch ohne Bündnis die Waffenhilfe sicher wird.

Sei dem nun, wie ihm wolle, Tatsache bleibt, daß unter der langen Geschäftsführung Greys die militärischen Verabredungen zwischen Großbritannien und Frankreich solche Form gewannen, daß die französische Regierung sich der englischen Waffenhilfe sicher glaubte, wenn es nur gelang, es einigermaßen plausibel zu machen, daß Frankreich der angegriffene Teil sei. In dieser Tatsache sehen wir eine Mitschuld Greys an der Entstehung des Krieges. — Wir glauben behaupten zu dürfen, daß ein Staat nicht Krieg führt, wenn er nicht mit der Wahrscheinlichkeit des Sieges rechnen kann. (Als Ausnahme: es kann verzweifelte Lagen geben, in denen ein Volk sich entschließt, lieber ehrenvoll unterzugehen, als Unerträgliches auf sich zu nehmen. Eine solche Lage war 1914 nicht vorhanden.) Hätte eine der Mächtegruppen, Deutschland-Österreich-Ungarn oder Frankreich-Rußland, im Juli 1914 nicht mit der Wahrscheinlichkeit des Sieges gerechnet, so wäre es nicht zum Kriege gekommen. Die Lage war keineswegs so, daß sie nicht hätte entwirrt werden können, wenn eine Seite es unbedingt für nötig gefunden hätte. Die Mittelmächte glaubten (auch ohne Italien) siegen zu können, da sie die rasche Niederwerfung Frankreichs nach dem Schlieffenschen Plan für wahrscheinlich hielten. Frankreich-Rußland hielten ihren Sieg für wahrscheinlich, weil sie sich der britischen Hilfe sicher wähnten. Ohne die britische Hilfe war der Sieg kaum anzunehmen. Die Mittelmächte wären zur See weit überlegen gewesen, worunter gerade Frankreichs wichtige Verbindung mit den afrikanischen Rekrutierungsgebieten gefährdet gewesen wäre. Durch die Übermacht zur See und das Beiseitestehen Englands wäre die Stellung Italiens und Schwedens wohl entscheidend zu Gunsten der Mittelmächte beeinflußt worden. Nicht durch ein Bündnis, aber durch das Gewährenlassen der Heeres- und Flottenstellen verschaffte Grey Rußland und Frankreich die Überzeugung

von der britischen Hilfe, damit von der Wahrscheinlichkeit des Sieges und schuf so eine notwendige Voraussetzung für den Krieg.*)

* * *

Wir möchten als charakteristisch für den Memoirenschreiber Grey noch auf eines hinweisen. Dem Eintritt Italiens in den Krieg sind ganze zwei Druckseiten gewidmet (II, 189, 190). Diese werden von zwei Telegrammen fast ganz ausgefüllt. In dem einen setzt Buchanan, der britische Botschafter in St. Petersburg, am 3. März 1915 auseinander, daß Rußland gegen den Eintritt Italiens in den Krieg Bedenken trage und ihn vermieden sehen möchte. Im andern, vom 4. März, beauftragt Grey den Botschafter in Paris, Bertie, dem französischen Außenminister mitzuteilen, daß er, Grey, die russischen Bedenken nicht teile, Italiens und der Balkanstaaten Eintritt in den Krieg würden ihn zu einem baldigen glücklichen Ende führen.

---

*) Eine sehr interessante Parallele zu den Bemühungen Frankreichs um militärische Verabredungen bilden die Österreich-Ungarns vom Dezember 1887/Januar 1888, zu Verabredungen mit dem preußischen Großen Generalstab zu kommen. Es zeigt sich hier der fundamentale Gegensatz zwischen Grey und Bismarck. Während Grey die Besprechungen zuläßt, obwohl kein Bündnis mit Frankreich besteht, widersetzt sich — erfolgreich — Bismarck solchen trotz des bestehenden Bündnisses, trotzdem Kaiser Franz Joseph sich persönlich für sie einsetzt, Kaiser Wilhelm I. seine Zustimmung gegeben hat und die österreichisch-russischen Beziehungen sehr gespannt sind. Bismarck fürchtet — was Grey nicht fürchtet —, militärische Besprechungen könnten den Bundesgenossen „zum Beginn oder zur Beschleunigung des Krieges gegen Rußland ermutigen. Unsere Politik, schreibt er am 19. Dezember 1887 an den Chef des Militärkabinetts, hat die Aufgabe, den Krieg, wenn möglich, ganz zu verhüten, und geht das nicht, ihn doch zu verschieben. An einer andern würde ich nicht mitwirken können." — Während Grey die Generalstäbe unbeaufsichtigt durch acht Jahre zusammenarbeiten läßt, verwahrt sich Bismarck entschieden dagegen, „daß die politische Geschäftsführung gewissermaßen auf den Generalstab überginge". „Ich muß in der Lage bleiben, dem österreichischen Kabinett gegenüber aus politischen Gründen eine andere Meinung haben zu können als diejenige, welche aus militärischen Gesichtspunkten für die maßgebende gehalten wird" (an eben denselben). Scharf kommt Bismarcks grundsätzliche Ablehnung jeglicher Mitwirkung des Generalstabs in einem Brief zum Ausdruck, den er am 29. Dezember 1887 an den Prinzen Reuß, Botschafter in Wien, richten läßt: „Der Herr Reichskanzler hat dazu (zum Berichte des Botschafters) bemerkt, daß Graf Kálnoky und er in ihrer Eigenschaft als Minister der Auswärtigen Angelegenheiten ihre Befugnisse, auch in Nebendingen, nicht auf die beiderseitigen Militärpersonen übertragen dürfen, ohne die Geschäfte zu gefährden, für welche sie verantwortlich sind. Fürst Bismarck bittet den Grafen Kálnoky, ihm hierbei behilflich zu sein, daß internationale Verabredungen und Unterlagen zu solchen nicht ohne ihre beiderseitige Kenntnis und Genehmigung von rein militärischer Seite gefaßt werden. Beide Minister können weder ganz noch teilweise zugunsten unterhandelnder Offiziere abdizieren; müssen vielmehr die Geschäfte in der Hand behalten und keinen Zweifel darüber lassen, daß internationale Verabredungen, welche ohne ihr aktenmäßiges Einverständnis erfolgen, ihren Parlamenten gegenüber als verbindlich nicht angesehen werden würden. Es liegt im Interesse des Friedens, an dieser Art der Geschäftsbehandlung streng festzuhalten, da beide Minister naturgemäß friedlicher gesinnt sein werden, als ihre militärischen Landsleute..."
(Aktenpublikation: Die Große Politik, Bd. VI, Kap. XXXVIII.)

Es ist sehr bedauerlich, daß Grey nicht ausführlicher von dem Eintritt Italiens in den Krieg spricht. Damals wurde eine Reihe von Fragen behandelt, die nach dem Krieg sehr aktuell geworden sind, und auch solche, die erst wieder aktuell zu werden versprechen. Es ist sehr schade, daß Grey im zweiten Bande, der ausschließlich dem Kriege gewidmet ist, hierfür nur zwei Seiten übrig hat, denn er hätte am allerbesten Aufschluß geben können, war er doch der Mittelpunkt der Verhandlungen. — Daß er die Hauptperson war, dies ist, glauben wir, der psychologische Grund seiner Kürze.

Es gibt ein kleines, sehr instruktives Büchlein: „L'intervento dell' Italia nei documenti segreti dell' Intesa (Die Intervention Italiens in den Geheimpapieren der Entente), verlegt zu Rom 1923 von der Casa Editrice rassengna internazionale. Es ist das Seitenstück zum Livre noir und enthält 163 Aktenstücke, meist Telegramme, die auf den Petersburger Botschaften Englands, Frankreichs und Italiens einliefen oder von ihnen abgesandt wurden und solche von und an die russischen Botschafter im Ausland.

(Der russische Geheimdienst hatte es verstanden, sich die Chiffern der Verbündeten und Italiens zu verschaffen.) Da (S. 27 ff.) berichtet der kaiserlich russische Botschafter in Rom unterm 15. August n. St. über eine Unterredung mit dem italienischen Außenminister di San Giuliano. Di San Giuliano ist damals schon zum Krieg entschlossen, falls sich ein Vorwand dazu fände, aber der Vorwand muß sich finden, „denn Italien will nicht eines räuberischen Überfalls angeklagt werden (di un attaco da pirati)", aber wahrscheinlich würde Österreich einen solchen Vorwand liefern. Dann, im entscheidenden Augenblick, würde Italien verlangen: 1. Die Verhandlungen müssen in völlig geheimer Weise in London stattfinden, ausschließlich in London und das Foreign Office gibt der Presse keine Mitteilungen. 2. Bedingung ist gemeinsames Handeln der englischen, französischen und italienischen Flotte, 3. kein Sonderfrieden. — Am 16. August telegraphiert di San Giuliano an den italienischen Botschafter in Petersburg, Marchese Carlotti, die Verhandlungen dürften nur in London geführt werden. Am nächsten Tag ausführlicheres Telegramm an denselben: conditio sine qua non ist, daß Verhandlungen nicht in Rom geführt werden, wo Botschafter Deutschlands und Österreich-Ungarns sind. Dem englischen und dem russischen Botschafter in Rom soll Befehl gegeben werden, mit ihm, San Giuliano, nicht über Eintritt in Krieg zu reden. Die Verhandlungen sollen völlig geheim und in London und zwar ausschließlich zwischen Imperiali und Grey geführt werden „und Sir Grey wird über sie den beiden andern Regierungen Mitteilung machen". Aus den folgenden Akten geht denn auch hervor, daß in London durch Grey verhandelt worden ist, aber wirklich nicht erst im Frühjahr 1915, wie man nach Greys Memoiren glauben könnte.

In dieser Aktensammlung findet sich nun auch (S. 141 f.) ein Stück, das für die Beurteilung Greys in der ganzen Frage, die ihn dazu getrieben, seine Memoiren zu schreiben, von großer Bedeutung ist. Graf

Benckendorf, der langjährige Botschafter des Zaren in London, telegraphiert am 6. April 1915 n. St. an den russischen Außenminister Sassonow. Der russische Originaltext ist uns nicht zugänglich, wir geben die Übersetzung ins Italienische, wie sie in der Aktensammlung enthalten ist, und fügen die Übersetzung ins Deutsche hinzu.

24 marzo — 6 aprile.

Telegramma di Benckendorf. — N. 230.

Insiste ancora presso Sazonov. Ricorda le notevoli differenze fra la situazione a Est e a Ovest quanto alla questione militare.

„Le mie osservazioni più speciali non miravano che al vostro giudizio su funzione E. Grey. Amerei poter contribuire a modificarlo in vista servizi che ci ha resi dal principio della crisi. Lasciatemi aggiungere per vostra informazione personalissima che c'è un sentimento che non lascia quasi mai Grey e che è fino a un certo punto fondato, e cioè che nel momento d'indecisione del pubblico inglese e di tutti i ministri, è stato sopratutto Grey che ha trascinato Inghilterra alla guerra e che per questo motivo prova sempre un senso di responsabilità personale profondissimo, al difuoro di quello del Gabinetto. Non vedo però nessun sintomo che l'energia della sua decisione ne risenta."

24. März—6. April.

Telegramm von Benckendorf. N. 230.

Er dringt noch immer in Sazonow und weist auf die nennenswerten Unterschiede hin, die in militärischer Hinsicht zwischen Ost und West bestehen.

„Mit meinen hauptsächlichsten Bemerkungen zielte ich auf Ihr Urteil über die Tätigkeit E. Greys hin. Ich möchte, ich könnte dazu beitragen, es im Hinblick auf die Dienste, die er uns bei Beginn der Krisis geleistet hat, etwas zu ändern. Lassen Sie mich zu Ihrer ganz persönlichen Aufklärung hinzufügen, daß Grey von einem Gefühl beherrscht wird, das ihn fast nie verläßt und das bis zu einem gewissen Grade begründet ist: Im Augenblick der Unentschlossenheit des englischen Volkes und aller Minister war es nämlich vor allem Grey, der England in den Krieg hineingezogen hat, und nun ist in ihm neben dem verantwortlichen Empfinden des Kabinettsmitgliedes stets ein Gefühl tiefster persönlicher Verantwortung wach. Doch sehe ich darin nichts, was der Kraft seiner Entscheidung Abbruch tun könnte."

* * *

Die Übersetzung der Memoiren hat Frau Else Baronin Werkmann besorgt; sie ist durchaus zu loben. Etwas zu eng hält sie sich an das Original, wenn sie in ihrer Übersetzung ins Deutsche bei einer Quellenangabe das englische Buch nennt, wenn dieses erst die Übersetzung des deutschen Originals ist. Ein Register würde die Brauchbarkeit der beiden Bände wesentlich erhöhen.